

Komitee LU «Nein zur Ernährungsinitiative»

c/o Luzerner Bäuerinnen- und Bauernverband,
Schellenrain 5, 6210 Sursee
raphael.heini@luzernerbauern.ch | www.luzernerbauern.ch



MEDIENKONFERENZ ZUR ERNÄHRUNGSINITIATIVE VOM 11.AUGUST 2026

Referat von Chantal Brauchli, Präsidentin KMU- und Gewerbeverband Kanton Luzern (es gilt das gesprochene Wort)

Als Präsidentin des KMU- und Gewerbeverbands Kanton Luzern vertrete ich Unternehmen aus allen Regionen unseres Kantons. Viele unserer Mitglieder sind eng mit der Landwirtschaft, der Lebensmittelverarbeitung, dem Detailhandel oder der Gastronomie verbunden. Deshalb betrifft die Ernährungsinitiative nicht nur die Landwirtschaft, sondern das gesamte Luzerner Gewerbe.

Die Ziele der Initiative – Versorgungssicherheit, Nachhaltigkeit und sauberes Trinkwasser – sind nachvollziehbar. Diese Ziele teilen auch wir. Doch der vorgeschlagene Weg geht aus unserer Sicht deutlich zu weit. Er bedeutet mehr staatliche Eingriffe, mehr Regulierung und zusätzliche Belastungen für unsere Unternehmen.

Die Initiative verlangt innert zehn Jahren einen Netto-Selbstversorgungsgrad von mindestens 70 Prozent. Dafür wären massive Eingriffe nötig in Produktion, Lebensmittelverarbeitung und Ernährungsgewohnheiten. Auch Bundesrat und Parlament halten dies für unrealistisch.

Für die KMU beginnt das Problem schon bei der Umsetzung. Entlang der gesamten Lebensmittelkette, von der Verarbeitung über das lokale Gewerbe bis hin zur Gastronomie, drohen neue Vorschriften, zusätzliche Kontrollen und noch mehr administrativer Aufwand. Schon heute empfinden viele Unternehmen die Bürokratie als eine ihrer grössten Herausforderungen. Diese Belastung weiter zu erhöhen, wäre der falsche Weg.

Die Folgen wären höhere Kosten, weniger Planungssicherheit und ein stärkerer staatlicher Einfluss auf Angebot und Nachfrage. Das schwächt unsere Unternehmen und letztlich auch den Wirtschaftsstandort.

Der KGL steht für wirksame Nachhaltigkeit. Wir sind überzeugt, dass Innovation, Eigenverantwortung und marktwirtschaftliche Anreize bessere Lösungen hervorbringen als immer neue Vorschriften. Unsere Unternehmen übernehmen Verantwortung – sie brauchen dafür aber die nötigen Freiräume.

Darum sagen wir aus KMU-Sicht klar Nein: Schützen wir Investitionen, Wahlfreiheit und unternehmerische Verantwortung und stärken wir die Betriebe, die unsere Versorgung sicherstellen.